Wolfgang Sander

Mahnungen

Die Friedensverantwortung der Christen in beiden deutschen Staaten – Eine Unterrichtseinheit zur Friedenserziehung im Religionsunterricht (10. Schuljahr)

1. Friedenserziehung im Religionsunterricht?

1.1 Friedenserziehung als politische Bildung

Das rege Interesse am Thema Friedenserziehung, das in einer kaum mehr überschaubaren Vielzahl von Veröffentlichungen zum Ausdruck kommt[1], stellt in der deutschen Schulgeschichte ein Novum dar. Erst in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren konnte in der pädagogischen Diskussion die Überzeugung, der Krieg sei ein letztlich durch Erziehung nicht zu beeinflussendes Naturereignis, auf breiter Basis überwunden werden. Inzwischen gibt die Intensität des Interesses an der Friedenserziehung, aber auch die inhaltliche Tendenz mancher Diskussionsbeiträge, Anlaß zur Warnung vor übertriebenen Hoffnungen. Es wäre eine Überforderung der Schule wie der Erziehung überhaupt, wollte man erwarten, den Frieden durch einen bestimmten pädagogischen Umgang mit der nachwachsenden Generation auf Dauer schaffen zu können. Da der Friede letztlich durch *politisches* Handeln gesichert und entwickelt werden muß, wird sich der Beitrag der Schule zur Friedenserziehung auf dieses politische Handeln und seine Bedingungen beziehen müssen; problematisch sind Konzepte der Friedenserziehung, die sich unter weitgehender Ausblendung dieser politischen Zusammenhänge auf Verhaltenserziehung beschränken[2] oder die von einem so weitgefaßten Friedensbegriff ausgehen, daß ein spezifischer Gegenstandsbereich für die Friedenserziehung nicht mehr abgrenzbar ist[3].

Friedenserziehung in der Schule kann sinnvoll nur als Teilbereich der *politischen Bildung* konzipiert werden[4]. Das heißt nicht, daß sie auf den Politikunterricht (oder den Unterricht in Sozialkunde, Gesellschaftslehre usw.) beschränkt wäre. Vielmehr ist der Aufgabenbereich der Friedenserziehung einer der Schwerpunkte politischer Bildung, bei denen sich die Notwendigkeit einer sinnvollen Kooperation von Politikunterricht und politischer Bildung als Unterrichtsprinzip in anderen Fächern als besonders dringlich erweist. Themenbereiche wie die Bedeutung des technischen Fortschritts für die Rüstungskontrollpolitik, die geschichtlichen Bedingungen für friedenspolitisches Handeln oder ethische und religiöse Motivationen für friedenspolitische Konzepte lassen sich schwerlich ausklammern, wenn Friedenspolitik in der Schule sachgerecht behandelt werden soll. Die sachgerechte Aufarbeitung solcher Aspekte würde jedoch den Rahmen des Politikunterrichts sprengen und zumeist wohl auch die Kompetenz der Politiklehrer überfordern; umgekehrt müßte der Verzicht auf eine eigenständige Behandlung friedenspolitischer Probleme im Politikunterricht den möglichen Beitrag anderer Unterrichtsfächer zur Friedenserziehung mit fachfremden Lerninhalten überfrachten.

Als Teilbereich politischer Bildung gelten für die Friedenserziehung die gleichen didaktischen Prinzipien wie für politische Bildung insgesamt. Zwar hat sich in den Beratungen der Kultusministerkonferenz gezeigt, daß über Ziele und Aufgaben der Friedenserziehung derzeit in der Bundesrepublik Deutschland ein *politischer* Konsens nicht herstellbar ist[5]; es hat aber den Anschein, daß in der *didaktischen* Diskussion die Fronten weniger verhärtet und die Positionen weniger weit voneinander entfernt sind[6]. Mir scheint, daß vor allem folgende Essentials zustimmungsfähig sein dürften und im Hintergrund konkreter Unterrichtsplanungen zur Friedenserziehung stehen sollten:

- Politische Bildung ist auf die Erhaltung und Entwicklung des Friedens als normative Zielperspektive festgelegt. Es ist in der Bundesrepublik Deutschland politisch unumstritten und im übrigen auch in der Präambel sowie in den Artikeln 1 und 26 des Grundgesetzes festgeschrieben, daß der Krieg

1 Allein für die Jahre 1982 und 1983 konnte D. Zitzlaff in einer (unveröffentlichten) Bibliographie mehr als 200 Neuerscheinungen zusammenstellen.

2 Diese Tendenz findet sich beispielsweise bei H.-P. Nolting, Lernschritte zur Gewaltfreiheit, Reinbek 1981.

3 Diese Tendenz ist bei vielen Beiträgen aus dem Umkreis der „kritischen Friedenserziehung" zu Beginn der siebziger Jahre zu beobachten; als Beispiel siehe H. Nicklas/Ä. Ostermann, Zur Friedensfähigkeit erziehen, München 1976.

4 Vgl. hierzu ausführlicher W. Sander, Friedenserziehung in der Schule – Möglichkeiten und Grenzen, in: Die Neue Gesellschaft 1/1984.

5 Vgl. die unterschiedlichen Empfehlungen der sozialdemokratisch und der christdemokratisch regierten Länder, z. B. dokumentiert in Bildungspolitische Informationen, hrsg. vom Hessischen Kultusminister, 1/1983.

6 Vgl. zur Diskussion um den Minimalkonsens in der politischen Bildung u. a. S. Schiele/H. Schneider (Hrsg.), Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977; W. Sander, Politische Bildung in der Schule, in: Die Neue Gesellschaft 4/1982.

heute kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele mehr sein darf und daß sich die Politik der Bundesrepublik am Ziel der Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung zu orientieren hat.

- Die praktisch-politischen Konsequenzen aus dieser normativen Festlegung sind umstritten, es gibt konträre Lösungsvorschläge für das Problem, wie der Friede dauerhaft gesichert werden kann. Zugleich gilt: „Es gibt keine Instanz, keine wissenschaftspolitische, keine militärische, keine politische, die die Richtigkeit einer der Lösungen gültig vorhersagen könnte."[7] Für die Friedenserziehung heißt dies: „Es ist... nicht Aufgabe der Schule, die offizielle Politik bei den Schülern zu propagieren, und was öffentlich umstritten ist, kann die Schule nicht einfach auf einen Konsens zurückführen."[8] Friedenserziehung kann nicht als der verlängerte Arm einer bestimmten friedenspolitischen Konzeption verstanden werden; vielmehr kommt es darauf an, die Schüler in die Lage zu versetzen, nach einer gründlichen Auseinandersetzung mit den politischen Bedingungen und den verschiedenen Konzepten für die Erhaltung und Sicherung des Friedens *ihre eigene* friedenspolitische Position zu finden.
- Friedenserziehung kann nicht auf eine Unterrichtseinheit beschränkt werden. Auch wenn die Reichweite des Friedensbegriffs (und damit des Gegenstandsfelds für Friedenserziehung) umstritten ist, ist es doch offenkundig, daß das Thema „Friede" nicht einfach aus der komplexen politischen Realität herausdestilliert werden kann: „Es gibt nicht so etwas wie Friedenspolitik neben der Deutschland-, der Ost-West-, der Entwicklungspolitik."[9] Weitere Themenstichworte dürften sich unschwer finden lassen.

1.2 Friedenserziehung als Aufgabe des Religionsunterrichts

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich für die Frage nach einem Beitrag des Religionsunterrichts zur Friedenserziehung zunächst zweierlei:

- Friedenserziehung im Religionsunterricht muß als Beitrag des Religionsunterrichts zur *politischen Bildung* verstanden werden[10]. Es gibt auch im Religionsunterricht keine sachgerechte Friedenserziehung ohne den Bezug zur Friedenspolitik.
- Es kann nicht darum gehen, Lerninhalte des Politikunterrichts in den Religionsunterricht zu transferieren. Der Beitrag des Religionsunterrichts zur Friedenserziehung muß sich vielmehr an den spezifischen Inhalten und Aufgaben dieses Faches festmachen.

Tatsächlich lassen sich im Gegenstandsfeld „Religion" vielfältige Ansatzpunkte für einen Beitrag des Religionsunterrichts zur Friedenserziehung finden. Stichwortartig (und noch nicht als Unterrichtsthemen formuliert) seien einige wesentliche Aspekte genannt:

- die ambivalente Wirkung religiöser Traditionen bei der Sozialisation von friedenspolitisch relevanten Einstellungen und Werthaltungen (pessimistische Anthropologie auf der Grundlage eines verkürzten Sündenverständnisses in der traditionellen Volksfrömmigkeit auf der einen und ein starker Impuls für die Achtung allen menschlichen Lebens auf der Grundlage der Nächsten- und Feindesliebe auf der anderen Seite)[11];
- die Rolle der christlichen Kirchen in der friedenspolitischen Diskussion;
- religiöse Motivationen und Legitimationen für unterschiedliche friedenspolitische Strategien;
- Kriegslegitimation und Friedensengagement in der Christentumsgeschichte;
- die Bedeutung religiöser Motivationen in bewaffneten Konflikten in anderen Teilen der Welt.

Es ist offenkundig, daß sich angesichts dieser vielfältigen Verflechtungen von „Religion" und „Frieden" auch der Beitrag des Religionsunterrichts zur Friedenserziehung nicht in *einer* Unterrichtseinheit erschöpfen kann. Zwar erscheint mir die Position von Christof Bäumler, der nicht von „Friedenserziehung im Religionsunterricht", sondern vom „Religionsunterricht als Friedenserziehung" sprechen will und Friedenserziehung als durchgängiges Prinzip bei *allen* Themen des Religionsunterrichts begreift[12], als überzogen, da hier die Gefahr besteht, daß sich der Bezug zur konkreten politischen Situation verflüchtigt; dennoch ist die Beantwortung der

---

7 W. Hilligen, Friedensfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft als pädagogisches Konsensproblem, in: P. Ackermann/W. Glashagen (Hrsg.), Friedenssicherung als pädagogisches Problem in beiden deutschen Staaten, Stuttgart 1982, S. 148.

8 B. Sutor, Internationale Politik und Friedenssicherung als Probleme politischer Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 5/1982, S. 14.

9 Ebd., S. 21.

10 Vgl. allgemein zum Problem der politischen Bildung als Unterrichtsprinzip im Religionsunterricht vor allem F. Rickers (Hrsg.), Religionsunterricht und politische Bildung. Unterrichtsentwürfe im Überschneidungsfeld, Stuttgart 1973; Politische Didaktik 4/1980, Politik und Religion; W. Sander, Politische Bildung im Religionsunterricht. Eine Untersuchung zur politischen Dimension der Religionspädagogik, Stuttgart 1980; ders., Die politische Bildungsaufgabe des Religionsunterrichts, in: Die Deutsche Schule 1/1983. – Zur Friedenserziehung im Religionsunterricht sieht vor allem M. Stallmann (Hrsg.), Friedenserziehung und Religionsunterricht, Stuttgart/München 1972; Chr. Bäumler u. a. (Hrsg.), Friedenserziehung als Problem von Theologie und Religionspädagogik, München 1981.

11 Für die Analyse der faktischen politischen Relevanz der religiösen Sozialisation unter den Bedingungen einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft halte ich noch immer für grundlegend den Beitrag von D. Stoodt, Religiöse Sozialisation und emanzipiertes Ich, in: K.-W. Dahm/N. Luhmann/D. Stoodt, Religion – System und Sozialisation, Darmstadt/Neuwied 1972.

12 Vgl. Chr. Bäumler, Friedenserziehung und Religionsunterricht – Religionsunterricht als Friedenserziehung, in: Ders. u. a., a. a. O. (s. Anm. 10).

Frage, wie der Beitrag des Religionsunterrichts zur Friedenserziehung an verschiedenen Themen und für verschiedene Altersstufen zu einem in sich stimmigen Konzept verdichtet werden kann, eine dringliche religionspädagogische Aufgabe. Unverzichtbar ist dabei der Dialog mit der Politischen Didaktik, denn nur eine sinnvolle fächerübergreifende Kooperation kann den Religionsunterricht aus dem Dilemma befreien, entweder über weite Strecken den Politikunterricht kopieren zu müssen oder in Dilettantismus zu verfallen.

2. Unterrichtseinheit „Die Friedensverantwortung der Christen in beiden deutschen Staaten"

2.1 Die Unterrichtseinheit als Teil eines fächerübergreifenden Lernprozesses

Die folgende Unterrichtseinheit ist als Ausschnitt aus einem fächerübergreifenden Unterrichtsvorhaben konzipiert. Entsprechend den unter Abschnitt 1 skizzierten Überlegungen wird davon ausgegangen, daß sie in dieser Form nur in Abstimmung mit dem Politikunterricht durchgeführt werden kann. In der hier vorgestellten Unterrichtseinheit geht es um *christliche Motivationen* für unterschiedliche friedenspolitische Positionen, nicht um die gründliche Erörterung dieser Positionen selbst. So ist beispielsweise die Erarbeitung militärstrategischer Doktrinen nicht Aufgabe des Religionsunterrichts, wohl aber ist die Kenntnis solcher Doktrinen notwendig, wenn mögliche friedenspolitische Konsequenzen aus dem christlichen Glauben diskutiert werden. Am sinnvollsten erschiene es mir, wenn nach einer Vorlaufphase im Politikunterricht, in der die Schüler für die aktuellen Probleme der Friedenssicherung sensibilisiert werden und erste grundlegende Informationen zur sicherheitspolitischen Diskussion in Ost und West erhalten, die Unterrichtseinheit im Religionsunterricht parallel zur Diskussion von friedenspolitischen Konzeptionen im Politikunterricht durchgeführt würde. Parallel zur letzten Sequenz der hier vorgestellten Unterrichtseinheit, die das Problem einer Friedensgemeinschaft von Christen in beiden deutschen Staaten anspricht, sollte im Politikunterricht die Bedeutung der Friedenspolitik für die Frage nach der deutschen Identität diskutiert werden.

Die Unterrichtseinheit ist für ein 10. Schuljahr konzipiert; je nach Lernvoraussetzungen der Schüler könnte sie auch, möglicherweise in gekürzter oder erweiterter Form, im 9. oder 11. Schuljahr durchgeführt werden. Bei der Planung bin ich davon ausgegangen, daß die Schüler insbesondere über folgende Lernvoraussetzungen bereits verfügen:

- elementare Kenntnisse der synoptischen Evangelien, insbesondere der Zwei-Quellen-Theorie (zum Verständnis der Bergpredigt),
- Kenntnis der Struktur der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) (Gliedkirchen mit unterschiedlichen Bekenntnissen),
- Fähigkeit zum differenzierten und kritischen Umgang mit Quellentexten.

2.2 Zum Thema der Unterrichtseinheit

Die neue Friedensbewegung ist ohne den Rückgriff auf christliche Motivationen kaum zu verstehen. In der Bundesrepublik Deutschland spielen christliche Gruppen wie die Aktion Sühnezeichen, die Aktion „Ohne Rüstung leben" *(siehe M 2)* oder Pax Christi eine wichtige Rolle in der Friedensbewegung; Theologen wie Dorothee Sölle, Helmut Gollwitzer, Heinrich Albertz und Joseph Huber gehören zu ihren führenden Repräsentanten. Die letzten Evangelischen Kirchentage legten ein beredtes Zeugnis davon ab, in welchem Ausmaß die Friedensthematik junge Christen bewegt. Ähnliches, wenn auch vielleicht in einem quantitativ geringeren Ausmaß, läßt sich für die Katholische Kirche sagen.

In noch stärkerem Maße gilt dies für die unabhängige Friedensbewegung in der DDR, die sich nahezu ausschließlich im kirchlichen Umfeld bewegt[13]. Die Parallelen in der Argumentation der christlichen Friedensbewegungen in beiden deutschen Staaten sind offenkundig, im Unterschied zu ihren politischen Arbeitsbedingungen, die sich beträchtlich unterscheiden. Die nahezu ausschließliche Konzentration der Friedensbewegung in der DDR auf das kirchliche Umfeld dürfte sich zumindest zum Teil auch dadurch erklären, daß die Evangelische Kirche in der DDR als einzige autonome Großorganisation einen für Jugendliche überaus attraktiven relativen Freiraum für die Artikulation abweichender Meinungen darstellt[14].

In der derzeitigen Diskussion um die Friedensverantwortung der Christen in beiden deutschen Staaten bündeln sich exemplarisch und eng miteinander verwoben zwei Problemkreise:

- Das Problem der Konsequenzen aus dem christlichen Glauben für politisches Handeln. Die Auseinandersetzung um diese Frage ist nicht neu, aber sie gewinnt mit einem Thema, bei dem es um das Überleben der Menschen mindestens in Mitteleuropa geht, eine besondere Brisanz. So werden in der innerkirchlichen Diskussion um den Frieden und in den Kontroversen zwischen der christlichen Friedensbewegung und Vertretern der „offiziellen" Sicherheitspolitik in zugespitzter Form Fragen aufgeworfen, die besonders in den Evangelischen Kirchen spätestens seit dem Kirchenkampf im Nationalsozialismus intensiv diskutiert werden: Gibt es eine Logik politischen Handelns, die von der des gelebten Glaubens unterschieden werden muß oder lassen sich aus den Basistexten der christlichen Überlieferung unmittelbar Leitlinien auch für politisches Handeln gewinnen (siehe M 6 und M 7)? Ist eher die Zwei-Reiche-Lehre aus der lutherischen Tradition oder die Vorstellung von der das ganze menschliche Leben umfassenden Königsherrschaft Christi aus der reformierten Tradition unserer Situation angemessen (siehe M 8 und M 9)?

13 Vgl. Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978–1982, Hattingen 1982.

14 Vgl. zur Rolle der Kirchen im gesellschaftlich-politischen System der DDR: R. Henkys (Hrsg.), Die evangelischen Kirchen in der DDR, München 1982.

- Das Problem der deutschen Identität. Beide deutsche Staaten akzeptieren grundsätzlich die Überzeugung, daß die Verantwortung für den Frieden eine zwingende Gemeinsamkeit der Deutschen ist, daß deutsche Politik heute prinzipiell Friedenspolitik sein muß. Deutsche Identität ist heute nur noch als Friedens-Identität denkbar, denn ein Krieg in Mitteleuropa, der ja auch ein Krieg zwischen den deutschen Staaten wäre, wäre auch ein Ausdruck des definitiven Scheiterns einer nationalen Identität der Deutschen. Die Konsequenzen aus dieser Überzeugung sind freilich innerhalb und zwischen den deutschen Staaten umstritten. Nicht erst seit heute spielen die Kirchen eine besondere Rolle bei der Schärfung des öffentlichen Bewußtseins für den untrennbaren Zusammenhang von Friedenspolitik und deutscher Identität nach 1945. Bis zwanzig Jahre nach der Gründung der beiden deutschen Staaten bildete die EKD die letzte gesamtdeutsche Großorganisation; erst 1969 wurde der Bund der Evangelischen Kirche in der DDR gegründet, der bis heute enge Beziehungen zur EKD unterhält. Neben vielen anderen Stellungnahmen beider Kirchen zur Friedensfrage erlangte die Denkschrift der EKD zur Ostpolitik („Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn", 1965) einen nicht unerheblichen politischen Einfluß, in diesem Fall auf die Durchsetzung der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition.

Die Unterrichtseinheit kreist um diese beiden Problemfelder. Nach einer ersten Konfrontation der Schüler mit dem Selbstverständnis der christlichen Friedensbewegung und mit Einwänden ihrer Kritiker (1. Sequenz) werden am Beispiel der Bergpredigt gegensätzliche Positionen zum Verhältnis von Glaube und friedenspolitischer Praxis erörtert (2. Sequenz). In der stärker systematisch strukturierten 3. Sequenz wird das Spektrum friedenspolitischer Positionen innerhalb und zwischen den Kirchen dargeboten (Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands [VELKD], Reformierter Bund, EKD, Katholische Bischofskonferenz, Ökumenischer Rat der Kirchen [ÖRK], ergänzend eine kritische Bemerkung von Helmut Schmidt, die sich auf die Stellungnahme des ÖRK bezieht). In der 4. Sequenz stehen an einem Fallbeispiel Probleme der friedenspolitischen Arbeit der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Diskussion. Die Materialien für die abschließende 5. Sequenz thematisieren die gemeinsame Friedensverantwortung der Christen in beiden deutschen Staaten und (besonders im letzten Abschnitt von M 20) den Zusammenhang zwischen deutscher Identität und Friedenspolitik.

2.3 Lernziele

Die folgenden Lernzielvorschläge sind vor dem Hintergrund der Überlegungen in Abschnitt 1 zu sehen[15]. Sie sollen die Intentionen verdeutlichen, die die thematische Struktur und die Materialauswahl anleiteten, sind aber nicht als Gängelband für den Unterricht gedacht. Aus diesem Grund wurde auf eine Operationalisierung bis hin zu Feinzielen für Einzelstunden oder gar für Stundenabschnitte verzichtet.

Die Schüler sollen

- sich mit dem theologischen und politischen Selbstverständnis der christlichen Friedensbewegung auseinandersetzen,
- am Beispiel der Bergpredigt Konsequenzen aus dem christlichen Glauben für (friedens-)politisches Handeln diskutieren und hierzu unterschiedliche Positionen kennenlernen,
- unterschiedliche Stellungnahmen aus den Kirchen auf das ihnen zugrundeliegende Verständnis von christlichem Glauben und Friedenspolitik hin untersuchen,
- zu einer begründeten eigenen Stellungnahme zum Problem der friedenspolitischen Verantwortung von Christen in der Lage sein,
- an einem Fallbeispiel das Selbstverständnis der christlichen Friedensbewegung in der DDR und die politischen Rahmenbedingungen für ihre friedenspolitische Arbeit kennenlernen,
- sich der besonderen deutschen Verantwortung für den Frieden angesichts der historischen, politischen und geographischen Bedingungen der beiden deutschen Staaten bewußt werden,
- das friedenspolitische Engagement der Friedensbewegungen in beiden deutschen Staaten als ein Angebot zur Konkretisierung dieser besonderen deutschen Verantwortung für den Frieden kritisch prüfen und eine eigene begründete Stellungnahme hierzu formulieren können.

2.4 Anregungen zum Unterrichtsverlauf

Einstieg (eine Stunde):

M 1 ist als Impuls für Assoziationen und für das Sammeln von Problemfragen für die weitere Arbeit gedacht. Fragen wie: Zerbricht Christus wirklich das Gewehr? Dürfen Christen für eine bewaffnete Verteidigung eintreten? Wie stehen die Kirchen zu dieser Frage?, wären dann Leitfragen für die weitere Arbeit. Denkbar ist auch, daß bereits erste Hypothesen formuliert werden – die dann im Verlauf der Unterrichtseinheit zu überprüfen wären –, wie etwa: „Das Gebot der Feindesliebe verbietet grundsätzlich die militärische Bewaffnung" oder „Politik und Glaube dürfen nicht vermengt werden".

1. Sequenz: Christliche Friedensbewegung – zwei Beispiele (eine Stunde):

M 2 und M 3 bieten in Selbstdarstellungen erste Antworten aus der Friedensbewegung auf die formulierten Fragen. Sie sollten in einer offenen Diskussion im Plenum

15 Vgl. zum Verständnis der grundlegenden Ziele und Aufgaben des Religionsunterrichtes, auf dem die Planung dieser Unterrichtseinheit basiert, ausführlicher W. Sander, Politische Bildung im Religionsunterricht, a. a. O. (s. Anm. 10), S. 98 ff.

erörtert werden, ohne daß die theologische Argumentation schon en detail nachvollzogen werden kann. Eher geht es darum, die in der ersten Stunde eher assoziativ formulierten Fragen oder Hypothesen schärfer und klarer zu fassen. Die in M 4 formulierten Einwände sollen hierbei helfen; sie sollten erst im Verlauf der Diskussion eingebracht werden, damit die Schüler zunächst ihre eigenen Gedanken zu den Aufrufen formulieren können.

2. *Sequenz: Der Streit um die Bergpredigt* (zwei Stunden):

Zunächst sollten Verständnisfragen zur Bergpredigt geklärt und gegebenenfalls zusätzliche Informationen zu ihrer Entstehung gegeben werden. Die Frage nach den Konsequenzen, die aus der Bergpredigt für die Friedenspolitik gezogen werden sollten, könnte in einer Pro- und Kontra-Diskussion erörtert werden: Nachdem gemeinsam die Fragestellung formuliert ist (etwa „Kann man mit der Bergpredigt Politik machen?"), bereiten die Schüler arbeitsteilig in Gruppen die Pro- und Kontra-Diskussion vor, wobei M 6 beziehungsweise M 7 als Argumentationshilfe dient. Eventuell können auch alle Schüler sich mit beiden Materialien vorbereiten, während je ein oder zwei „Experten" zusätzlich längere Auszüge aus den Büchern von Franz Alt oder Manfred Hättich durcharbeiten.

3. *Sequenz: Stellungnahmen aus den Kirchen – die Diskussion in der Bundesrepublik* (zwei bis drei Stunden):

M 8 bis M 13 sollten in arbeitsgleichen Kleingruppen durchgearbeitet, die Ergebnisse anschließend im Plenum diskutiert werden. Leitfrage für die Textarbeit sollte sein, wie und mit welchen Begründungen in den Texten das Verhältnis von christlichem Glauben und Friedenspolitik gedacht wird. Für die Schüler müßte sich im Verlauf dieser Arbeit das Spektrum möglicher Antworten in Relation zu der noch recht globalen Pro- und Kontra-Alternative erweitern und differenzieren.

4. *Sequenz: Christliche Friedensbewegung in der DDR – der Konflikt um den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen"* (etwa zwei Stunden):

Motive und Probleme der christlichen Friedensbewegung in der DDR werden an einem Fallbeispiel erörtert; M 14 bis M 16 zeigen Parallelen zur Argumentation der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, M 17 macht die unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen deutlich. M 18 leitet bereits zur Frage des gesamtdeutschen Zusammenhangs der Friedensbewegung über. Die Materialien dieser Sequenz dürften sich am sinnvollsten im Plenumsgespräch erörtern lassen; möglicherweise müssen zum Selbstverständnis und zur Situation der Kirchen in der DDR weitere Informationen gegeben werden[16].

16 Siehe dazu die in Anm. 13 und 14 genannten Titel.

5. *Sequenz: Die gemeinsame Friedensverantwortung der Christen in beiden deutschen Staaten* (etwa zwei Stunden):

Bevor M 19 und M 20 diskutiert werden, sollten die Schüler auf der Basis des bis dahin Erarbeiteten ein Gespräch über das Thema der Sequenz führen. Das Gespräch sollte durch von den Schülern in Einzel- oder Gruppenarbeit gesammelte Thesen und Argumente vorbereitet werden. Die Materialien würden dann in einer die Unterrichtseinheit abschließenden Gesprächsrunde die von den Schülern vorgebrachten Argumente ergänzen oder auch relativieren.

Materialien für den Unterricht

Einstieg

M 1: Holzschnitt von Otto Pankok, Christus zerbricht das Gewehr, 1955

1. Sequenz: Christliche Friedensbewegung – zwei Beispiele

M 2:

An alle Christen

Wir haben uns daran gewöhnt zu sagen:

Rüstung hilft den Frieden erhalten,
– aber bedroht sie nicht das Leben aller Menschen?

Rüstung schafft Arbeitsplätze,
– aber entzieht sie nicht Millionen von Hungernden das Brot?

Rüstung hilft Gewalt eindämmen,
– aber ruft sie nicht Kriege und Terror auf den Plan?

Wir haben bisher unsere Hoffnung auf die Abrüstung gesetzt,
– aber werden nicht immer perfektere Waffensysteme entwickelt?

Wir sagen bis heute: DM 2,80 von DM 10,– der an den Bund abgeführten Steuer ist uns die Sicherheit wert,
– aber erhöht nicht unser Beitrag ständig die Kriegsgefahr?

In dieser Situation fordert die V. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1975 in Nairobi die 271 Mitgliedskirchen auf:

„Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben, und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen."

In Aufnahme und Weiterführung dieser Forderung erklären wir:

„Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, daß Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird."

„Glaubt ihr nicht, so werdet ihr nicht überleben." (Jesaja 7,9)

„Christus hat in seiner Person die Feindschaft getötet. Er kam und verkündete Frieden." (Epheser 2,16–17)

Werner Dierlamm, Dietrich Hardung, Niels Hueck, Gerhard Jahnke, Hermann Meyer, Hermann Schäufele, Gerhard Schubert, Reinhardt Seibert, Gerhard Voß.

OHNE RÜSTUNG LEBEN

Arbeitskreis von Pro Ökumene.

Diesen Aufruf unterstützen:

Die Kirchliche Bruderschaft in Württemberg
Der Internationale Versöhnungsbund
Die Ev. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden (EAK)
Der Konvent der württembergischen Beistandspfarrer
Das Deutsche Mennonitische Friedenskomitee (DMFK)
Church and Peace

Quelle: Junge Kirche 11/1980, S. 478.

M 3:

WIR RUFEN AUF ZU EINER KAMPAGNE WÄHREND DES 20. DEUTSCHEN EVANGELISCHEN KIRCHENTAGES VOM 8. BIS 12. JUNI 1983 IN HANNOVER

„STIMMKARTEN" FÜR DIESE ABSTIMMUNG SIND VIOLETTE TÜCHER

WIR HABEN EINE VISION:

Das Violett ergreift den ganzen Kirchentag und läßt die Schlußveranstaltung zu einem Meer aus violetten Tüchern werden: ein Signal der Umkehr.

WIR HABEN EINE VISION:

Die überwältigende Mehrheit der Kirchentagsbesucher und der Christen im Lande wird zum Zeichen ihres NEINS zu den Massenvernichtungswaffen diese violetten Tücher tragen.
Das JA GOTTES zu allen Menschen in Jesus Christus fordert von uns Christen heute ein NEIN OHNE JEDES JA zu Massenvernichtungswaffen aller Art.
Dieses NEIN OHNE JEDES JA sprechen wir in dem Bewußtsein, daß unseren Kirchen die praktische Begegnung mit der GELEBTEN GEWALTFREIHEIT JESU noch bevorsteht. Dieses Wissen bewahren die sog. historischen Friedenskirchen für uns alle auf, damit wir davon lernen.

Quelle: ru – Zeitschrift für die Praxis des Religionsunterrichts 4/1983, S. 162.

M 4:

Apel . . . kritisierte auch die Aktion evangelischer Christen „Ohne Rüstung leben". Hier werde naiv verkannt, daß Entspannung und Frieden nur auf dem Gleichgewicht der Kräfte beruhen könnten.

Für Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner gibt es einen „untrennbaren Zusammenhang von Frieden mit Recht und Freiheit". . . . Gerade ein Christ dürfe zwar den Waffengebrauch kritisch hinterfragen, es wäre aber falsch, die Friedensdiskussion auf die Rüstungsfrage zu beschränken. Wörner bestritt, daß es eine Kriegsgefahr in diesem Jahrzehnt gebe, und warnte vor einem „Kult der Angst", wie er auch in kirchlichen Kreisen gepflegt werde. Es sei „weder unchristlich noch unmoralisch, dem Staat als Soldat zu dienen."

Quelle: Evangelischer Pressedienst vom 28. 4. 1980 und 20. 4. 1983.

2. Sequenz: Der Streit um die Bergpredigt

M 5:

Als Jesus die Menschenmenge sah, stieg er auf einen Berg und setzte sich. Seine Jünger traten zu ihm. Dann verkündete er ihnen, was Gott von seinem Volk erwartet. Er begann:

Freuen dürfen sich alle, die nur noch von Gott etwas erwarten und nichts von sich selbst; denn sie werden mit ihm in der neuen Welt leben.

Freuen dürfen sich alle, die unter der Not der Welt leiden; denn Gott wird ihnen ihre Last abnehmen.

Freuen dürfen sich alle, die keine Gewalt anwenden; denn Gott wird ihnen die Erde zum Besitz geben.

Freuen dürfen sich alle, die brennend darauf warten, daß Gottes Wille geschehe; denn Gott wird ihre Sehnsucht stillen.

Freuen dürfen sich alle, die barmherzig sind; denn Gott wird auch mit ihnen barmherzig sein.

Freuen dürfen sich alle, die ein reines Herz haben; denn sie werden Gott sehen.

Freuen dürfen sich alle, die Frieden schaffen; denn sie werden Gottes Kinder sein.

Freuen dürfen sich alle, die verfolgt werden, weil sei tun, was Gott verlangt; denn sie werden mit ihm in der neuen Welt leben.

[. . .]

Ihr wißt, daß es heißt: „Auge um Auge, Zahn um Zahn." Ich aber sage euch: ihr sollt euch überhaupt nicht gegen das Böse wehren. Wenn dich einer auf die rechte Backe schlägt, dann halte ihm auch die linke hin. Wenn jemand mit dir um dein Hemd prozessieren will, dann gib ihm noch die Jacke dazu. Und wenn einer dich zwingt, ein Stück weit mit ihm zu gehen, dann geh doppelt so weit. Wenn einer dich um etwas bittet, dann gib es ihm; wenn einer von dir etwas borgen will, dann leih es ihm.

Ihr wißt auch, daß es heißt: „Liebe alle, die dir nahestehen, und hasse alle, die dir als Feinde gegenüberstehen." Ich aber sage euch: liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen. So erweist ihr euch als Kinder eures Vaters im Himmel. Denn er läßt die Sonne scheinen auf böse wie gute Menschen, und er läßt es regnen auf alle, ob sie ihn ehren oder verachten.

Quelle: Aus der Bergpredigt, Mat. 5,1–10 und 38–45.

M 6:

Die Bergpredigt sagt, wie Christen sein sollten, wenn sie Christen sind . . . Mir scheint unsere Zeit reif für die Idee der Bergpredigt. In Zeiten größter Gewalt muß man Ausschau halten nach der Gewaltlosigkeit . . .

Gilt die Bergpredigt nur für eine paradiesische Endzeit oder schon für diese Welt? Die Welt der Bergpredigt ist im Gegensatz zu dem, was in frommen Büchern dazu steht, unsere Welt . . . Für eine Trennung zwischen privater und politischer Ethik gibt es keinen einzigen Hinweis in der Bergpredigt . . .

Die reale Utopie der Bergpredigt zeigt heute nicht nur das Friedensziel, sondern auch den Friedensweg: keine Nachrüstung, keine weiteren Schritte in die alte Richtung, sondern zumindest Rüstungsstop – als ersten Schritt in die neue Richtung. Das Friedensgesetz der Bergpredigt heißt: Frieden gibt es nicht gegen den anderen, sondern nur mit ihm. Frieden gibt es erst, wenn einer ohne Wenn und Aber den ersten Schritt tut, bedingungslos . . . Das heißt heute: *Um das Wettrüsten zu beenden, muß einer anfangen aufzuhören, bedingungslos.* Also keine Nachrüstung! Es ist ein psychologisches Grundgesetz: Wer einen anderen für etwas gewinnen will, muß es zuerst selbst tun. Wer die Sowjetunion für Abrüstung gewinnen will, muß zuerst selbst mit dem Aufrüsten und Nachrüsten aufhören . . .

Jahrhundertelang galt: „Wer den Frieden will, muß den Krieg vorbereiten." Jetzt im Atomzeitalter darf nur noch gelten: Wer den Frieden will, muß den Frieden vorbereiten. Das heißt: Wer abrüsten will, muß abrüsten. Der Weg entscheidet über das Ziel . . .

Die Bergpredigt stellt heute die Alternative: Gott oder die Bombe? „Ihr könnt nicht zwei Herren dienen": Gott *und* der Bombe, dem Frieden *und* der Kriegsvorbereitung.

Quelle: Franz Alt, Frieden ist möglich. Die Politik der Bergpredigt, München 1983, S. 9, 25, 29, 81, 112.

M 7:

Jesus bietet kein Programm für soziale Ordnungen an... Ich bin durch die Bergpredigt nicht in das Recht versetzt, der andere möge mir auch die linke Wange hinhalten, wenn ich ihn auf die rechte geschlagen habe. Schon gar nicht kann gemeint sein, daß Regierung oder weltliches Gericht solche Gegenseitigkeiten zum Prinzip sozialer und politischer Ordnung macht. Allgemein gesagt: Die Zumutungen der Bergpredigt an jeden einzelnen von uns können nicht in Zumutungen, die wir an andere richten, ungemünzt werden...

Politik kann nicht von der Fiktion ausgehen, die Menschen würden sich im Schnitt aus dem Geist der Bergpredigt verhalten... Man braucht kein übertrieben pessimistisches Menschenbild zu haben, um zu erwarten, daß Politik mit den unterschiedlichen Motiven und Strebungen der Menschen zu rechnen hat – daß sie bei ihren Entscheidungen nicht nur von der Vorstellung des an ethischen Normen oder gar am Geist der Bergpredigt orientierten Menschen, sondern eben auch von unser aller Fehlbarkeit ausgeht. Für ein solches politisches Entscheidungshandeln gibt die Bergpredigt keine Weisung...

Nicht die Atombombe bedroht die Menschen, sondern Menschen bedrohen sich gegenseitig mit der Atombombe. Es ist ja nicht so, als wäre da dummerweise von irgendwoher ein Sprengkörper mit entsetzlicher Wirkungskraft unter uns gefallen, und als würden wir jetzt unseren Zwist vergessen und ihn gemeinsam entschärfen...

Auch wenn es gelingt, die Kontrahenten zum Zwecke der Abrüstung oder gar der Abschaffung der Atombombe an einen Tisch zu bekommen, ist noch nichts ausgesagt über die Wichtigkeit der Konfliktgründe... Man muß doch immer wieder konkret fragen (und fragen dürfen, ohne sogleich als blindwütiger und hassender Antikommunist verschrien zu werden): Wollen wir, daß alle politische Macht bei einer einzigen Partei, genauer bei deren Führung liegt? Wollen wir, daß der Staat bestimmt, was die Bürger lesen, hören und sehen dürfen? Wollen wir, daß die politische Führung nach eigenem Gutdünken Tausende von politisch Andersdenkenden einsperren kann? Wollen wir, daß mißliebige Schriftsteller und Wissenschaftler von Staates wegen in die psychiatrische Klinik geschickt werden? Wollen wir, daß Leute wegen „Wirtschaftsvergehen" (z. B. Betätigung auf dem Schwarzen Markt) zum Tode verurteilt werden? Sind das alles „unwichtige" Unterschiede...?

Das Gebot der Feindesliebe fordert nicht von uns, daß wir unsere Fähigkeit zur Unterscheidung blockieren...

Nicht das Mensch- und Personsein begründet die Feindschaft, sondern das, was die Kommunisten wollen und tun. Und die Anerkennung der gemeinsamen Gotteskindschaft setzt uns hinsichtlich der Formen des Austrags dieser Feindschaft Grenzen. Wenn Franz Alt „Russenhaß" angehen will, hat er mich sofort an seiner Seite. Wenn er mir einreden will, ich dürfte nicht Antikommunist sein, trennen wir uns.

Quelle: Manfred Hättich, Weltfrieden durch Friedfertigkeit? Eine Antwort an Franz Alt, München 1983, S. 21, 22, 23, 31, 32, 35, 37.

3. Sequenz: Stellungnahmen aus den Kirchen – die Diskussion in der Bundesrepublik

M 8:

Angesichts der Bedrohung des Friedens durch die Massenvernichtungsmittel (A-B-C-Waffen und konventionelle Massenvernichtungswaffen) haben wir als Kirche meist geschwiegen oder nicht entschieden genug den Willen des Herrn bezeugt. Jetzt, da stärker als zuvor die Möglichkeit des Atomkriegs zur Wahrscheinlichkeit wird, erkennen wir: Die Friedensfrage ist eine Bekenntnisfrage. Durch sie ist für uns der status confessionis gegeben, weil es in der Stellung zu den Massenvernichtungsmitteln um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums geht...

Gott verbindet in Christus seinen Frieden mit der Verheißung und dem Gebot menschlicher Gerechtigkeit. Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Bejahung oder auch nur Duldung eines „Sicherheitssystems", das auf Kosten der Hungernden und Elenden der Erde und um den Preis ihres Todes erhalten wird.

Im Gehorsam gegen den Gott des Friedens und der Gerechtigkeit wollen wir uns einsetzen für einschneidende Kürzungen der Rüstungshaushalte zugunsten der Armen. Im Vertrauen auf ihn sind wir bereit zu ersten, auch einseitigen Schritten der Abrüstung, deren politische Durchsetzung wir fordern und voranbringen wollen. Solche ersten Schritte sind:

- die grundsätzliche Verpflichtung, Konflikte ohne Anwendung oder Androhung von Gewalt lösen zu wollen,
- der Verzicht auf immer neue Waffen,
- der sofortige Einhalt der Entwicklung und Stationierung neuartiger Massenvernichtungsmittel,
- die Verpflichtung, die vorhandenen Massenvernichtungsmittel in einem Krieg nicht anzuwenden und erst recht nicht als erster einzusetzen,
- die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen,
- kalkulierte, einseitige Abrüstungsmaßnahmen,
- das Verbot und die Verhinderung der Rüstungsexporte...

Quelle: Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirchen. Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes vom 12. Juni 1982, zit. nach: Junge Kirche 9/82, S. 421.

M 9:

[...]

3. Die Kirchenleitung kann die in der Erklärung des reformierten Moderamens enthaltene Voraussetzung nicht teilen, daß es nur einen denkbaren politischen Weg zur Erhaltung des Friedens gibt. Sie weiß sich mit allen Mitbürgern und Politikern verbunden, die sich von ihrem christlich gebundenen Gewissen im politischen Alltag die Maßstäbe setzen lassen und dabei möglicherweise bei unterschiedlichen Erfahrungen und Einsichten auch zu verschiedenen Entscheidungen kommen. Wir können verantwortlichen Frauen und Männern die Last der Verantwortung nicht abnehmen. Sie sollen jedoch wissen, daß wir von ihnen erwarten, daß sie allein das tun, was dem Frieden dient, daß wir ihre Friedensarbeit unterstützen, und daß unsere Gebete sie begleiten.

4. Wir können dem Aufruf des reformierten Moderamens nicht zustimmen, politische Entscheidungen – selbst solche auf Leben und Tod – zu Bekenntnisfragen der Kirche zu erklären. Die Kirche steht und fällt mit ihrem Bekenntnis zu Jesus Christus, dem in der Heiligen Schrift bezeugten gekreuzigten, auferstandenen und wiederkommenden Herrn. Allein im Glauben an ihn entscheiden sich Heil oder Unheil der Menschen...

Quelle: Stellungnahme der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Erklärung des Reformierten Bundes, zit. nach: Junge Kirche 10/82, S. 517.

M 10:

Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern ist das Gebot, dem jede politische Verantwortung zu folgen hat. Diesem Friedensgebot sind alle politischen Aufgaben zugeordnet. In der Zielrichtung christlicher Ethik liegt nur der Frieden, nicht der Krieg... Das atomare Zeitalter fordert von uns außerordentliche moralische Anstrengungen. Zu ihnen gehört nicht nur, sich mit der Tatsache atomarer Rüstung nicht abzufinden, sondern vor allem gilt es auch, die Erkenntnis auszuhalten, daß es für einen Frieden in Freiheit weder durch atomare Rüstung noch durch den Verzicht auf sie eine Garantie gibt. Beide Optionen sind mit hohen Risiken verbunden, die sich schwer gegeneinander abwägen lassen. Sie werden auch von Christen aufgrund unterschiedlicher Analysen unterschiedlich eingeschätzt. Inzwischen ist kein wesentlicher Fortschritt zu einer Friedensordnung erzielt worden, die sich nicht auf atomare Abschreckung gründet. Die Kirche muß auch heute... die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch Atomwaffen zu sichern, weiterhin als eine für Christen noch mögliche Handlungsweise anerkennen... Deshalb hat die Kirche Achtung und Verständnis für diejenigen, die in der Bundeswehr Dienst leisten. Allein, diese Handlungsweise ist nur in einem Rahmen ethisch vertretbar, in welchem alle politischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, Kriegsursachen zu verringern, Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbewältigung auszubauen und wirksame Schritte zur Senkung des Rüstungsniveaus zu unternehmen...

„Friedensdienst mit Waffen" ist nur im Rahmen einer allgemeinen Friedenspolitik ethisch begründbar; die Formel soll nicht sagen, daß durch Waffengebrauch, also z. B. durch Kriegsführungsabsicht und deren Verwirklichung, die Friedensaufgabe erfüllt würde. Vielmehr ist eindeutig festzuhalten, daß die Formel „Friedensdienst mit Waffen" ihren Ort nur im Rahmen einer Politik des Friedens, der Verhandlungen, der vertraglichen Bindungen, der Entwicklungspolitik hat...

Verhütung kriegerischer Auseinandersetzung ist ein erster Schritt zum Frieden. Aber die Abwesenheit von Krieg macht noch keinen Frieden. Frieden ist überhaupt nicht als politischer Zustand zu begreifen, sondern viel eher als ein Prozeß schrittweiser Verbreiterung jener sozialen Bedingungen, die die Qualität des Friedens ausmachen: Verzicht auf gewaltsame Lösung zwischenstaatlicher Konflikte, Beseitigung von Not und Elend, Gewährleistung von Freiheit und Selbstbestimmung für alle Völker, Aufhebung rassischer oder sozialer Unterdrückung und Diskriminierung, Gewährleistung der Menschenrechte, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in der Umwelt...

Es geht nicht darum, den heutigen Weltzustand zu bewahren; in ihm ist der Friede nicht gesichert. Es geht um – wenn auch noch so bescheidene – Schritte in Richtung auf eine internationale Friedensordnung...

Quelle: Frieden wahren, fördern und erneuern. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1981, S. 48 ff.

M 11:

Heute ist der Krieg weniger denn je ein Mittel, um politische Ziele zu erreichen. Er darf niemals sein!...

Bisher wird versucht, durch nukleare Abschreckung Krieg zu verhüten... Die Wirksamkeit dieser Strategie ist umstritten...

Jedenfalls stellt sich die Frage: Kann sich unter den Bedingungen wechselseitiger Abschreckung die eine Seite der Absichten des Gegners wirklich sicher sein? Außerdem ist es – wie Papst Paul VI. in seiner Botschaft zur Ersten Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung 1978 erklärt hat – „eine tragische Illusion zu meinen, der Rüstungswettlauf könnte bis ins Unendliche so weitergehen, ohne eine Katastrophe heraufzubeschwören". Diese Gefahren, die mit der Eigendynamik des Wettrüstens verbunden sind, drängen in der Tat zu der Folgerung: Nukleare Abschreckung ist auf Dauer kein verläßliches Instrument der Kriegsverhütung. Vor diesem Hintergrund ist die Botschaft Papst Johannes Paul II.

an die Zweite Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung 1982 zu sehen. Er ruft zur Umkehr im Rüstungswettlauf auf und duldet Abschreckung lediglich noch als Mittel der Friedenssicherung auf einem Weg, der zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung führt: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung – natürlich nicht als ein Ziel an sich, sondern als ein Abschnitt auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung – noch für moralisch annehmbar gehalten werden. Um jedoch den Frieden sicherzustellen, ist es unerläßlich, daß man sich nicht mit einem Minimum zufrieden gibt, das immer von einer wirklichen Explosionsgefahr belastet ist . . ."

Aus den genannten Gesichtspunkten ergeben sich Kriterien, denen die Abschreckung genügen muß, wenn sie ethisch noch annehmbar sein soll:

- Bereits bestehende oder geplante militärische Mittel dürfen Krieg weder führbarer noch wahrscheinlicher machen . . .
- Nur solche und so viele militärische Mittel dürfen bereitgestellt werden, wie zum Zweck der an Kriegsverhütung orientierten Abschreckung gerade noch erforderlich sind . . .
- Alle militärischen Mittel müssen mit wirksamer beiderseitiger Rüstungsbegrenzung, Rüstungsminderung und Abrüstung vereinbar sein.

Quelle: Gerechtigkeit schafft Frieden. Hirtenbrief der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden, Erftstadt 1983, S. 51–54.

M 12:

Wir glauben, daß für die Kirchen die Zeit gekommen ist, klar und eindeutig zu erklären, daß sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen, und daß ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muß. Die Frage der Atomwaffen ist aufgrund ihrer Tragweite und der drohenden Gefahren, die sie für die Menschheit mit sich bringt, eine Frage christlichen Gehorsams und christlicher Treue zum Evangelium. Wir sind uns bewußt, daß eine solche Erklärung der Kirchen nicht zur Abschaffung von Atomwaffen führen wird. Aber sie wird die Kirchen und ihre Mitglieder zu einer grundlegenden Prüfung ihrer eigenen impliziten oder expliziten Unterstützung einer Politik veranlassen, die implizit oder explizit auf dem Besitz und dem Einsatz der Waffen aufbaut . . .

Quelle: Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 24. Juli bis 10. August in Vancouver, Kanada, zit. nach: Junge Kirche 9/83, S. 498.

M 13:

Ich habe . . . von einer moralisch hochmütigen kirchlichen Stellungnahme gehört, schon der Besitz von atomaren Waffen sei ein Verbrechen. Aber wohin soll denn die Anmaßung führen, Kennedy oder de Gaulle oder Breschnew mit Verbrechern zu identifizieren? Welch eine Anmaßung! Wer so mit den Führern der einen oder anderen Seite umgeht, kann den Frieden nicht stiften.

Quelle: Helmut Schmidt in seiner Rede vor dem SPD-Parteitag am 19. 11. 1983, zit. nach Frankfurter Rundschau vom 25. 11. 1983, S. 15.

4. Sequenz: Christliche Friedensbewegung in der DDR – der Konflikt um den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen"

M 14:

M 15:

Es kommt eine Zeit, da wird der Berg, auf dem der Tempel des Herrn steht, alle anderen Berge überragen. Die Völker strömen zu ihm hin. Überall wird man zueinander sagen: „Kommt, wir gehen auf den Berg des Herrn, zu dem Haus, in dem der Gott Jakobs wohnt! Er soll uns lehren, was recht ist; was er sagt, wollen wir tun!" Denn vom Zionsberg in Jerusalem wird der Herr sein Wort ausgehen lassen. Er weist mächtige Völker zurecht und schlichtet ihren Streit. Dann schmieden sie aus ihren Schwertern Pflugscharen und aus den Spitzen ihrer Speere Winzermesser. Kein Volk wird mehr das andere angreifen, und keiner lernt mehr das Kriegshandwerk. Jeder wird in Frieden zwischen seinen Feigenbäumen und Weinstöcken wohnen, keiner braucht sich mehr zu fürchten, der Herr der ganzen Welt hat es gesagt.

Quelle: Micha 4,1–4.

M 16:

Das biblische Wort von den „Schwertern, die zu Pflugscharen umgeschmiedet werden" (Micha 4,3), hat in den letzten Monaten für verschiedene christliche Friedensinitiativen in unserem Land besondere Bedeutung erlangt. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hat diesen Satz für die Friedensdekade 1981 gebilligt. Um dieses Prophetenwort hat es Mißverständnisse und auch Auseinandersetzungen mit Staatsorganen gegeben.

Dieses Wort drückt unsere christliche Hoffnung aus, daß Gott einmal eine Welt schaffen wird, in der wir Menschen keine Waffen mehr brauchen, um uns zu schützen. Es drückt zugleich, als Folge solcher Hoffnung, unsere christliche Verantwortung aus, schon jetzt das Mögliche zu tun, damit Menschen und Völker ihre Konflikte ohne Waffen bewältigen ...

Sich im Sinne des Bildwortes „Schwerter zu Pflugscharen" für den Frieden einsetzen, heißt insbesondere, sich für Abrüstung einsetzen. „Schwerter zu Pflugscharen": Diese Worte meinen eindeutig: Kriegsgeräte zu Friedensgeräten machen. Und das heißt: abrüsten ... Das Bibelwort „Schwerter zu Pflugscharen" hat dabei für uns Christen die Bedeutung eines bildhaft ausgedrückten Leitspruchs. Es ist keine für den Alltag empfohlene politische Anweisung, auch kein simples Rezept gegen Atomwaffen. Es ist ein Wegweiser, der die Richtung weist, in die gehen muß, wer Abrüstung will.

Quelle: Stellungnahme der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR zu Fragen der Friedensverantwortung, zit. nach: Junge Kirche 4/82, S. 205 f.

M 17:

Liebe Schwestern und Brüder, liebe Freunde!

... Am 22. März 1982 wurde Landesbischof Dr. Hempel und Präsident Dimsch in einem Gespräch mit Staatssekretär Gysi mitgeteilt: Wegen Mißbrauchs dürfen diese Aufnäher in Schulen und Öffentlichkeit nicht mehr getragen werden. Es wurde behauptet, sie seien jetzt zum Zeichen einer unabhängigen Friedensbewegung geworden; dies könne nicht geduldet werden. Sie beeinträchtigte die staatliche und gesellschaftliche Tätigkeit zum Schutze des Friedens; daran werde deutlich, daß in Wirklichkeit der Frieden gar nicht gewollt werde. In einem anderen Gespräch wurde sogar gesagt, das Tragen der Aufnäher bekunde eine Mißachtung der Gesetze und fordere zu ihrer Mißachtung auf. Im Bereich unserer Landeskirche wurde in letzter Zeit Jugendlichen, die nicht bereit sind, ihre Aufnäher zu entfernen, mit folgenden Konsequenzen gedroht: Entlassung aus Hochschulen und erweiterten Oberschulen, Versetzung von einer polytechnischen Oberschule in eine andere, Nichtzulassung zum Abitur, Verweigerung der Lehrstelle, Schulverbot und Hinderung am Betreten des Betriebes.

Nach dem Gespräch am 22. März müssen wir fürchten, daß die Folgen solcher Drohungen durch uns nicht mehr abgewendet werden können ... Wir müssen euch ... sagen, daß wir nicht mehr in der Lage sind, Euch vor Konsequenzen, die das Tragen des Aufnähers jetzt mit sich bringen kann, zu schützen. Deshalb bitten wir Euch, mögliche Folgen ernsthaft zu bedenken. Ihr müßt überlegen, welche Bedeutung dieser Aufnäher für Euer Friedenszeugnis hat ... Danach entscheidet, wie Ihr Euch in der Frage des Aufnähers verhalten wollt.

Quelle: Brief der Synode an die Jugendlichen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen, zit. nach: Junge Kirche 4/82, S. 206 f.

M 18:

Aber es gibt auch eine Gefahr: Mit Sorge hören und sehen wir, daß in westlichen Medien unser kirchliches Abrüstungssymbol zum Abzeichen einer DDR-Oppositionspartei mißdeutet wird. Das trifft nicht nur nicht zu, sondern erschwert und gefährdet eine eigenständige kirchliche Friedensarbeit!

Quelle: Stellungnahme der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg – Region Ost –, zit. nach: P. Ackermann/W. Glashagen (Hrsg.), Friedenssicherung als pädagogisches Problem in beiden deutschen Staaten, Stuttgart 1982, S. 228 f.

5. Sequenz: Die gemeinsame Friedensverantwortung der Christen in beiden deutschen Staaten

M 19:

Der Friede Gottes, den die Kirche bezeugt, zielt auf unser ganzes Leben. Das Gebet für den Frieden ist die innerste Konzentration eines umfassenden Lebensengagements. Darum können Zeugnis und Gebet niemals zum Rückzug aus politischer Friedensverantwortung werden, sondern führen in die Wahrnehmung dieser Verantwortung hinein ...

Für unsere Situation müssen wir erklären: Kein Ziel oder Wert kann heute die Auslösung eines Krieges rechtfertigen. Die Abwendung des Krieges ist Voraussetzung für die Verwirklichung von Menschenrechten, von Freiheit und Gerechtigkeit ...

Die Kraft des Evangeliums hält über Grenzen hinweg Kirchen in Gemeinschaften zusammen. Das gilt auch an der Nahtstelle zweier Machtsysteme für die besondere Gemeinschaft des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland. Beide Kirchen nehmen ihre Verantwortung

in ihrem gesellschaftlichen Kontext eigenständig wahr und mühen sich, sich ganz auf diese Auftragssituation einzulassen ...

Auch bei Konfrontation ihrer Staaten stehen Kirchen in der größeren Gemeinschaft aller Christen. Diese Gemeinschaft stellen sie um Gottes und der Menschen willen in den Dienst aller Bemühungen, die einer friedlichen Entwicklung von Nutzen sind ...

Unsere Kirchen müssen in ihren Entscheidungen und Stellungnahmen zum Ausdruck bringen, daß zu einer künftigen Friedensordnung unabdingbar gehört,

- daß jede Seite die Existenz der anderen Seite und die Koexistenz mit ihr glaubhaft bejaht,
- daß jede Seite das Sicherheitsbedürfnis der anderen Seite mitbedenkt,
- daß jede Seite auf die Maximierung der eigenen Macht verzichtet und der Optimierung beiderseitiger Sicherheit dient,
- daß jede Seite diejenigen Faktoren reduziert, die Mißtrauen erwecken und Bedrohungsängste vermehren, und den Aufbau von Vertrauen fördert,
- daß jede Seite eine Form der Rüstung anstrebt, die ihre defensiven Absichten möglichst glaubhaft erkennen läßt.

Quelle: Gemeinsamen Erklärungen von EKD und Bund der Kirchen in der DDR zur Friedensverantwortung der Kirchen vom 30. 6. 1982, zit. nach: Religion heute 5/82, S. 189.

M 20:

Das Tun des Friedens muß hier bei Euch und bei uns in der DDR verschieden aussehen. Die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik und in der DDR haben sich vor vier Jahren ja gemeinsam zu der besonderen Verantwortung bekannt, die wir an der Nahtstelle zweier Weltsysteme tragen. Diese gemeinsame Verantwortung können wir nur wahrnehmen, indem jeder in seiner Situation das Notwendige tut. Ich begleite Euren Protest gegen die Mittelstreckenraketen mit innerster Beteiligung und Hoffnung und auch mit Bangen, aber ich weiß, daß es Euch nicht hilft, wenn ich von der DDR aus billigen Beifall spende ... Helfen kann ich Euch hier nur, indem ich in meinem Staat dafür eintrete, daß Rüstung abgebaut wird, die hier wieder zum Motor für Rüstung wird.

Umgekehrt möchte ich aber Euch bitten im Blick auf die Friedensgruppen in der DDR: Mischt Euch nicht zu sehr ein, laßt sie ihr eigenes Wort und ihren eigenen Weg finden! Und benutzt die Friedensgruppen bei uns nicht, um Argumente für Euch zu gewinnen, welcher Art diese Argumente auch sein mögen.

Das Tun des Friedens muß in beiden deutschen Staaten verschieden aussehen; aber die Verantwortung für den Frieden ist uns gemeinsam. Wir tragen gemeinsam an der Schuld für die Verbrennungsöfen in Auschwitz, und wir haben Verantwortung dafür, daß nicht ganz Europa zu einem einzigen Verbrennungsofen wird. Wir Deutschen an der Nahtstelle zweier Weltsysteme müßten doch wohl zuerst begreifen, wie abschreckend die Abschreckung ist. Wir müssen uns in West und Ost als Partner begreifen, die Frieden, Sicherheit und Zukunft nur miteinander und nicht gegeneinander gewinnen können.

Quelle: Grußwort von Heino Falcke (Erfurt) bei der Friedenskundgebung am 11. 6. 1983 beim Evangelischen Kirchentag in Hannover, zit. nach: Junge Kirche 7/83, S. 366.